



29. Mai 1991

Zahlungsbilanzhilfe an Rwanda

Aufgrund des Antrages des EVD vom 17. Mai 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Republik Rwanda wird als nichtrückzahlbarer Beitrag eine Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken in Form einer Kofinanzierung eines Strukturanpassungskredites der Weltbank gewährt. Die vorliegenden Entwürfe der entsprechenden Abkommen mit der rwandischen Regierung sowie mit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) werden im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gemäss den im Antrag ausgeführten Modalitäten gutgeheissen.
2. Sofern sich während der Verhandlungen Änderungen wesentlicher Einzelheiten der Abkommensentwürfe ergeben, werden die Abkommen dem Bundesrat erneut zur Genehmigung unterbreitet.
3. Der Beitrag geht zu Lasten des Rahmenkredits von 840 Mio. Franken für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3.10.1990).
4. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, die genannten Abkommen auszuhandeln.
5. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bestimmte diplomatische Vertretung der Schweiz wird ermächtigt, die genannten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit deren Unterzeichnung in Kraft.
6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die entsprechenden Vollmachten auszustellen.
7. Die aus dieser Verpflichtung resultierenden Zahlungen werden der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" belastet.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> e. ne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	10	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2310.1

Bern, 17. Mai 1991

An den BundesratZahlungsbilanzhilfe an Rwanda**1. Einleitung**

Mit diesem Antrag unterbreiten wir Ihnen eine Soforthilfe von 10 Mio. Fr. in Form eines nichtrückzahlbaren Beitrages an das von der Weltbank und anderen Gebern unterstützte Strukturanpassungsprogramm der Republik Rwanda zur Genehmigung. Die vorgeschlagene Zahlungsbilanzhilfe entspricht der in der Botschaft des Bundesrates vom 21.2.1990 über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB1 1990 I 1649) dargelegten Richtlinien.

Mit einem Pro-Kopfeinkommen von 320 US-Dollar (1988) ist Rwanda eines der ärmsten Länder der Welt. Seit 1991 gehört es zur Gruppe der ärmeren, hochverschuldeten Länder, welche unter das von der Weltbank und den bilateralen Gebern getragene Aktionsprogramm für Afrika (SPA) fallen. Die Schweiz hat sich im Rahmen dieses Programms für die Periode 1988-1993 mit Beiträgen von 400 Mio. Fr. aus den bestehenden Rahmenkrediten der DEH und des BAWI engagiert. Die in diesem Antrag vorgesehene Zahlungsbilanzhilfe wird dafür angerechnet.

2. Die wirtschaftliche und politische Situation

In den Jahren seit der Unabhängigkeit (1965) und bis 1980 verzeichnete Rwanda, dank vorsichtiger Wirtschaftspolitik und günstiger Rahmenbedingungen für seine Ausfuhren, ein stetiges Wachstum seines Bruttoinlandproduktes (BIP) von durchschnittlich 4,7%, ein kontinuierliches Ansteigen des Pro-Kopf-Einkommens und eine niedrige Verschuldung. Auch Rwandas soziale Indikatoren zeigten in dieser Zeit Werte, die deutlich über denjenigen der anderen afrikanischen Länder südlich der Sahara lagen. Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen und insbesondere die ungünstige Entwicklung der Austauschverhältnisse bewogen die Regierung Anfang der achtziger Jahre, zu vermehrter Kontrolle der Wirtschaftsaktivitäten und restriktiver Finanzpolitik Zuflucht zu nehmen, anstatt sich dem veränderten Umfeld durch eine flexible Wechselkurspolitik anzupassen. Die Folge waren ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen und sinkende Werte für die Sozialindikatoren. In den Jahren 1980 bis 1985 betrug das BIP-Wachstum noch 3,2% und lag damit unter dem Bevölkerungswachstum von

3,7%. Der Konsumentenpreisindex stieg um 7% jährlich an, und das Leistungsbilanzdefizit betrug rund 12% des BIP. Die weiterhin ungünstigen Austauschverhältnisse und schlechte Witterungsbedingungen führten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu wirtschaftlicher Stagnation und 1989 gar zu einem deutlichen Rückgang des BIP. Die Ausfuhren nahmen ab, vor allem wegen der gesunkenen Ausfuhrpreise, kleinerer Ernten und schlechterer Qualität beim Hauptexportprodukt Kaffee; aber auch der überbewertete rwandische Franc trug dazu bei. Während dieser Periode war nur ein schwacher Preisanstieg zu verzeichnen (durchschnittliche jährliche Inflationsrate 2,7%), was hauptsächlich auf die niedrige Konsumnachfrage zurückzuführen ist.

1990 verschlechterte sich die Wirtschaftslage weiter. Der Exportpreis für Kaffee erreichte einen neuen Tiefststand. Durch die bewaffnete Invasion rwandischer Flüchtlinge aus Uganda vom Oktober 1990 wurde die Volkswirtschaft Rwandas zusätzlich geschwächt, was sich vor allem in den Bereichen Handel, Transport und Tourismus auswirkte. Aber auch die Realisierung von Investitionsprojekten erfuhr eine starke Verlangsamung. Bei geringeren Steuereinnahmen und gleichzeitig erhöhten Verteidigungsausgaben sank das BIP erneut um 2%.

Die politische Lage ist seit der Invasion gekennzeichnet durch das Wiederaufflammen ethnischer Konflikte. Zu Beginn der sechziger Jahre hatten die mit 85% die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Rwandas ausmachenden Hutu die bis anhin regierenden Tutsi blutig vertrieben. Mehrheitlich Tutsi-stämmige Flüchtlinge aus Uganda, die in die ugandische "Nationale Befreiungsarmee" integriert waren und über Waffen verfügten, fielen Anfang Oktober 1990 in Rwanda ein und verwickelten die überraschten Regierungstruppen Rwandas in mehrere Wochen dauernde Kämpfe an der Grenze zu Uganda. Da die Regierung nicht bereit ist, ihre in all den Jahren ausgeübte besonnene, auf Versöhnung zwischen den Ethnien ausgerichtete Politik aufzugeben, stellen sich ihr in zunehmendem Mass auch Hutu-stämmige Teile der Bevölkerung entgegen, die Vergeltung gegenüber den Tutsi fordern. Dazu kommt, dass verschiedene Hutu-Gruppierungen, die sich durch die wirtschaftliche Rezession und insbesondere den kurz vor der Invasion eingeleiteten Demokratisierungsprozess benachteiligt fühlen, der Regierung nun ebenfalls Widerstand entgegensetzen.

3. Das von der internationalen Gebergemeinschaft unterstützte Strukturanpassungsprogramm

Die drastisch verschlechterte Wirtschaftslage bewog die Regierung Rwandas zu Beginn des Jahres 1990, mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank Gespräche über ein Programm zur wirtschaftlichen Gesundung aufzunehmen. Die wichtigsten bilateralen Geber (Belgien, Frankreich, Schweiz, Kanada, USA) wurden in die Diskussionen miteinbezogen. Dabei bekräftigte die Regierung ihren Willen und ihre Bereitschaft, die Wirtschaftspolitik von Grund auf neu zu gestalten, um die Basis für ein anhaltendes, gleichgewichtiges Wachstum zu schaffen und durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen private Investoren anzuziehen, ohne jedoch die sozialen Aspekte einer derartigen umfassenden Neuorientierung zu vernachlässigen.

Die Vorbereitungen für dieses Strukturanpassungsprogramm waren Ende September 1990 praktisch abgeschlossen. Aufgrund des gerade zu diesem Zeitpunkt erfolgten bewaffneten

Einfalls rwandischer Flüchtlinge musste das Programm den dadurch veränderten Rahmenbedingungen (insbesondere erschwerten Binnen- und Aussenhandel wegen unsicherer oder zerstörter Transportwege sowie von 40 auf 110 Mio. \$ angestiegene externe Finanzierungsbedürfnisse) angepasst werden, so dass die Verhandlungen zwischen der Regierung Rwandas einerseits, der Weltbank und dem IMF andererseits erst Anfang Mai 1991 abgeschlossen werden konnten. Nachdem die Unterstützung des rwandischen Programms durch diese bedeutendsten multilateralen Finanzierungsinstitutionen feststeht und auch die wichtigsten bilateralen Geber Beiträge zur Soforthilfe zur Verfügung gestellt haben, sind die externen Voraussetzungen für eine erfolgversprechende, rasche Ingangsetzung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus gegeben (folgende Mittel sind für 1991 gesprochen worden: Weltbank 62 Mio. \$, davon 45 Mio. \$ für die 1. Phase des Strukturanpassungsprogramms, und IMF 12,6 Mio. \$ aus der Strukturanpassungsfazilität, von multilateraler Seite; von den bilateralen Gebern haben die USA 15 Mio. \$, Belgien und Kanada je etwa 10 Mio. \$ - grösstenteils gebunden - und Frankreich ca. 10 Mio. \$ zugesagt).

4. Die schweizerische Unterstützung

Rwanda ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Die langjährige Erfahrung vor allem in verschiedenen Bereichen der technischen Hilfe und der Handelsförderung versetzen die Schweiz in die Lage, wertvolle Unterstützung zu leisten in einer schwierigen Zeit, in der Rwanda auf rasche und zielgerechte Hilfe von aussen angewiesen ist, um mit der wirtschaftlichen Gesundung auch seine politische Stabilität wiederherzustellen.

Die mit diesem Antrag vorgeschlagene Kofinanzierung des rwandischen Strukturanpassungsprogramms ermöglicht es der Schweiz, zusammen mit den multilateralen und den bilateralen Gebern das Programm mitzugestalten und zu begleiten. In Anbetracht der ausserordentlich schwierigen Lage, in der sich Rwanda zur Zeit befindet, sollte der schweizerische Beitrag möglichst bald zur Verfügung stehen, um in einer konzertierten Aktion mit den übrigen Gebern die Anlaufphase des Programms zu unterstützen. Die Modalitäten der schweizerischen Kofinanzierung werden in Abkommen mit der rwandischen Regierung einerseits und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) andererseits festgelegt, wobei feststeht, dass Importe von Gütern, die in der üblichen Negativliste der IDA enthalten sind, auch von der Schweiz nicht finanziert werden.

Die Risiken dieses Engagements der Schweiz in Rwanda liegen in der zur Zeit nur schwer absehbaren politischen Entwicklung und in den durch die kriegerischen Ereignisse des letzten Jahres akzentuierten Wirtschaftsproblemen begründet. Die Regierung und Verwaltung Rwandas sind zwar fest entschlossen, das erwähnte Programm durchzuführen - ein Beispiel dafür ist die bereits im November 1990, also vor Inkrafttreten des Programms, erfolgte drastische Abwertung der rwandischen Währung -, sind dabei aber mit nicht zu unterschätzenden innenpolitischen Widerständen konfrontiert. Aus diesem Grund hat die internationale Gemeinschaft erkannt, dass der Wiederaufbau der rwandischen Wirtschaft rasch und massiv unterstützt werden muss. Gemäss ihrem aussenpolitischen Prinzip der Solidarität und als wichtiger Partner Rwandas ist die Schweiz aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten.

5. Rechtliche Grundlagen

Gemäss Artikel 15, Absatz 1 der Verordnung vom 12. Dezember 1977 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.01) entscheidet der Bundesrat über Massnahmen, die den Betrag von 5 Mio. Fr. übersteigen. Artikel 10 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0) räumt dem Bundesrat die Kompetenz ein, internationale Abkommen im Bereich der Finanzhilfe abzuschliessen. Wir beantragen, die zur Abwicklung der vorgesehenen Zahlungsbilanzhilfen notwendigen Abkommen mit deren Unterzeichnung in Kraft treten zu lassen.

Bei der Genehmigung der Abkommensentwürfe durch den Bundesrat handelt es sich um eine sogenannte Vorausgenehmigung (vgl. VPB 51/IV Nr. 58, S. 380f.)

6. Finanzierung

Die für diese Zahlungsbilanzhilfe vorgesehenen 10 Mio. Fr. werden dem Rahmenkredit von 840 Mio. Fr. für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3.10.1990) belastet. Die entsprechenden Ausgaben sind im Budget 1991 unter der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" enthalten. Es ist vorgesehen, den Beitrag unmittelbar nach der Unterzeichnung der beiden Abkommen auszuführen.

7. Konsultationen

BK: einverstanden;
 EDA, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe: einverstanden;
 EJPD, Bundesamt für Justiz: einverstanden;
 EFD, Finanzverwaltung: einverstanden.

8. Antrag

Aufgrund der vorangehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilagen:

- Beschlussdispositiv
- Entwurf Abkommen mit Rwanda
- Entwurf Abkommen mit IDA
- Wirtschaftsdaten
- Finanzierungsbedürfnisse und -quellen
- Massnahmenprogramm
- Basis-Dokumentation (beim BAWI verfügbar)

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- BJ
- EFD

Protokollauszug an:

- Bundeskanzlei (1)
- EDA (GS 1, PA II 1, FWD 1, DV 1, DEH 2)
- EJPD (GS 1, BJ 1)
- EFD (GS 1, EFV 1)
- EVD (GS 1, BAWI 5)

Für genehmigte Antrag
der Protokollführer

Zahlungsbilanzhilfe an Rwanda

Aufgrund des Antrages des EVD vom 17. Mai 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Republik Rwanda wird als nichtrückzahlbarer Beitrag eine Zahlungsbilanzhilfe von 10 Mio. Franken in Form einer Kofinanzierung eines Strukturanpassungskredites der Weltbank gewährt. Die vorliegenden Entwürfe der entsprechenden Abkommen mit der rwandischen Regierung sowie mit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) werden im Sinne von Verhandlungsinstruktionen gemäss den im Antrag ausgeführten Modalitäten gutgeheissen.
2. Sofern sich während der Verhandlungen Aenderungen wesentlicher Einzelheiten der Abkommensentwürfe ergeben, werden die Abkommen dem Bundesrat erneut zur Genehmigung unterbreitet.
3. Der Beitrag geht zu Lasten des Rahmenkredits von 840 Mio. Franken für die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (BB vom 3.10.1990).
4. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird ermächtigt, die genannten Abkommen auszuhandeln.
5. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bestimmte diplomatische Vertretung der Schweiz wird ermächtigt, die genannten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit deren Unterzeichnung in Kraft.
6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die entsprechenden Vollmachten auszustellen.
7. Die aus dieser Verpflichtung resultierenden Zahlungen werden der Rubrik 0703-3600.301 "Finanzhilfeschenkungen Entwicklungshilfe" belastet.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

ACCORD

ENTRE

LE GOUVERNEMENT DE LA CONFEDERATION SUISSE

ET

LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE RWANDAISE

CONCERNANT UNE AIDE A LA BALANCE DES PAIEMENTS

DANS LE CADRE D'UN PROGRAMME D'AJUSTEMENT

STRUCTUREL

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République rwandaise, eu égard aux relations amicales existant entre les deux pays et soucieux de les renforcer, dans l'intention de promouvoir le développement économique et social de la République rwandaise, sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Définitions

Aux fins du présent Accord, et à moins que le contexte ne l'exige différemment:

1. "Gouvernement suisse" désigne le Gouvernement de la Confédération suisse;
2. "Gouvernement du Rwanda" désigne le Gouvernement de la République rwandaise;
3. "Contribution" désigne la contribution accordée par le Gouvernement suisse au titre du présent Accord;
4. "Parties Contractantes" désigne le Gouvernement suisse et le Gouvernement du Rwanda;
5. "Association" désigne l'Association Internationale de Développement;
6. "Programme" désigne le Programme d'objectifs, de politiques et d'actions visant à permettre à la République rwandaise de procéder à un ajustement structurel de son économie. Ce Programme est décrit dans une Lettre du Gouvernement de Rwanda adressée à l'Association en date du
7. "Accord de crédit" désigne le projet de l'Accord de Crédit de Développement en date du entre la République rwandaise et l'Association et portant sur un crédit de l'Association à la République rwandaise au titre du Programme.

Article 2

Objectif de la Contribution

La Contribution proposée a pour but de relancer la croissance économique.

Article 3

Montant et utilisation de la Contribution

- 3.1. Le Gouvernement suisse consent à accorder au Gouvernement du Rwanda une Contribution non remboursable de 10 millions de francs suisses, qui contribuera au financement du Programme et sera disponible pour des importations effectuées dans le cadre de l'Accord de crédit.

- 3.2. Les conditions d'utilisation de la Contribution sont définies dans l'Accord de crédit. Les règles de passation des marchés applicables à l'importation des produits financés par la Contribution sont les mêmes que celles applicables à l'Accord de crédit.
- 3.3. La Contribution est utilisée pour financer le coût en devises des biens importés, y compris le transport et autres services liés à la livraison de ces biens. Les fonds provenant de la contribution ne peuvent en aucun cas être affectés au paiement de droits à l'importations, de prélèvements et taxes de tout genre en vigueur dans la République rwandaise.

Article 4

Administration de la Contribution

En accord avec le Gouvernement du Rwanda et l'Association, le Gouvernement suisse engage l'Association comme administrateur de la contribution. Les obligations respectives du Gouvernement suisse et de l'Association sont définies dans un accord de procédure, "Procedural Arrangements between the Swiss Government and the Association for Cooperation in the Cofinancing of Specific Development Projects or Programs", conclu le 9 mai 1990, et dans un échange de lettres qui sera agréé par l'Association et le Gouvernement suisse et soumis au Gouvernement du Rwanda pour information.

Article 5

Exécution du Programme

L'exécution du Programme et les obligations du Gouvernement du Rwanda y afférant sont régies, mutatis mutandis, par les dispositions de l'Accord de crédit.

Article 6

Compte - procédures de déboursement

- 6.1. Après la signature du présent Accord, le Gouvernement suisse ouvre un compte aux fins du Programme auprès de la Banque Nationale Suisse à Zurich. Le Gouvernement suisse dépose la Contribution sur le compte de manière à assurer la disponibilité des fonds suisses conformément aux dispositions contenues dans l'annexe 1 de l'Accord de crédit.
- 6.2. L'Association est habilitée, au nom du Gouvernement du Rwanda, à effectuer des prélèvements sur le compte aux fins des importations admises au titre du financement par la contribution selon les dispositions de l'annexe 1 de l'Accord de crédit et les provisions de l'échange de lettres cité à l'article 4.
- 6.3. Aucun prélèvement sur le compte de la Contribution ne peut être effectué pour des commandes dont l'échéance de paiement est antérieure à quatre mois précédant la date de mise en vigueur du présent Accord.

Article 7

Consultations et contrôles

- 7.1. Les Parties Contractantes coopèrent étroitement pour atteindre les objectifs du Programme. Les Parties Contractantes prennent toutes les mesures nécessaires pour faciliter la bonne exécution du Programme.
- 7.2. Les Parties Contractantes procèdent périodiquement, à la demande de l'une ou l'autre des Parties Contractantes, à des échanges de vues sur les dispositions qu'elles ont prises pour répondre aux obligations qui leur incombent, sur les progrès réalisés dans l'exécution du Programme et sur les opérations financées au titre du Programme. Les Parties Contractantes s'informent mutuellement de toute condition qui entrave ou pourrait entraver l'accomplissement du Programme.
- 7.3. Le Gouvernement du Rwanda fournit au Gouvernement suisse toutes les informations qu'il peut raisonnablement demander concernant le Programme, les résultats obtenus par le Programme et les biens financés par la Contribution.

En particulier, en transmettant une demande de retrait de fonds à l'Association, le Gouvernement du Rwanda fournit au Gouvernement suisse une copie de cette demande, y compris les états certifiés de dépenses et les états récapitulatifs selon les modalités arrêtées dans la lettre qu'adressera l'Association au Gouvernement du Rwanda concernant les procédures de décaissement de la Contribution dans le cadre de l'Accord de crédit.
- 7.4. Au nom du Gouvernement suisse, l'Association est autorisée à inspecter toute livraison financée par le Gouvernement suisse dans le cadre de ce Programme.
- 7.5. Le Gouvernement du Rwanda autorise l'Association à informer le Gouvernement suisse des résultats du Programme, ce qui inclut la transmission au Gouvernement suisse des rapports de suivi. Le Gouvernement du Rwanda autorise l'Association à inviter le Gouvernement suisse à participer aux missions de suivi et à la mission finale du Programme.

Article 8

Avenants au présent Accord

Des avenants éventuels au présent Accord sont effectués par échange de lettres entre les Parties Contractantes.

Article 9

Annulation - suspension

- 9.1. Le Gouvernement du Rwanda peut, par note écrite au Gouvernement suisse et à l'Association, annuler tout montant de la contribution que le Gouvernement du Rwanda n'aura pas utilisé.
- 9.2. Le Gouvernement suisse peut, en consultation avec le Gouvernement du Rwanda et l'Association, annuler tout montant de la contribution qui n'est pas nécessaire à l'exécution du Programme.
- 9.3. Au cas où l'une des Parties Contractantes manquerait à une obligation stipulée par le présent Accord ou par l'Accord de crédit, l'autre Partie Contractante pourra suspendre l'application du présent Accord et, s'il n'a pas été remédié au manquement constaté dans les quatre-vingt-dix jours qui suivent la notification de suspension, pourra dénoncer le présent Accord.
- 9.4. En cas de suspension ou d'annulation de l'Accord de crédit, le Gouvernement suisse peut suspendre ou annuler le droit du Gouvernement du Rwanda à faire des décaissements à charge de la contribution.

Article 10

Mise en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature par les parties Contractantes.

Article 11

Règlement des différends

- 11.1 Tout différend quant à l'interprétation ou à l'exécution des dispositions du présent Accord qui n'a pas été réglé d'une manière satisfaisante par la voie diplomatique dans un délai de trois mois est soumis, à la demande de l'une ou de l'autre Partie Contractante, à un tribunal arbitral composé de trois membres. Chaque Partie Contractante désigne un arbitre. Les deux arbitres désignés nomment comme président un troisième arbitre qui doit être ressortissant d'un Etat tiers.
- 11.2. A moins que les Parties Contractantes n'en disposent autrement, le tribunal fixe lui-même sa procédure. Chaque Partie Contractante supporte la moitié des coûts occasionnés.
- 11.3. Les décisions du tribunal sont définitives et obligatoires pour les Parties Contractantes.

Article 12

Date de clôture

12.1. La date de clôture du présent Accord est fixée au 31 décembre 1992 ou à toute date ultérieure convenue entre les Parties Contractantes après consultation de l'Association.

Article 13

Autorité chargées de l'exécution du programme

Les autorités responsables de l'exécution de cet Accord sont les suivantes:

Pour le Gouvernement du Rwanda:

Ministère des Finances

B-P: 158

Kigali - Rwanda

Télex: 22687 MINFIN-RW

Pour le Gouvernement suisse:

Office fédéral des affaires économiques extérieures
Département de l'économie publique

3003 Berne

SUISSE

Télex: 911 340 EDA-CH

Téléfax: 0041-31-61 23 30

Fait à _____, le _____
en deux originaux en langue française.

International Development Association
1818 N Street, N.W.
Washington, D.C. 20417

Pour le Gouvernement
de la République rwandaise

Pour le Gouvernement
de la Confédération suisse

No. 10002A - International Development Program
Letter of Understanding

.....

1. The International Development Association ("the Association") has agreed to consider a request by the Rwandan Republic ("Rwanda") that the Association extend a Development Credit to Rwanda to assist in the financing of urgently needed imports and services required during the execution of a program of actions, objectives and policies designed to achieve structural adjustment of Rwanda's economy ("the Program").

2. By agreement between Switzerland and Rwanda dated _____ ("the Swiss Contribution Agreement"), a copy of which has been furnished to you, Switzerland has agreed to make a non-deductible contribution ("the Swiss Contribution") to Rwanda in the amount of ten million Swiss francs to assist in the financing of the Program.

3. The Swiss Contribution is made pursuant to the Procedural Arrangements agreed between Switzerland and the Association dated May 9, 1980 for cooperation in the financing of specific projects or programs within the framework of the Swiss Contribution with the modifications set forth in the annex to this letter ("the Procedural Arrangements").

4. The Procedural Arrangements shall apply with respect to the Swiss Contribution, and the Association shall administer the Swiss Contribution in accordance with the provisions thereof.

5. The following addresses are specified for the purposes of this Letter of Understanding:

For Switzerland:

Federal Office for Foreign
Economic Affairs
Federal Department of Finance Economy
CH-1003 Bern, Switzerland

Telex: 511 340 SBA CH
Telephone: 01 31-31-23 30

For the Association:

International Development Association

1818 H Street, N.W.
Washington, D.C. 20433
USA

Telex: 248 423 (RCA)
64 145 (WUI)

Cable Address: INDEVAS, Washington, D.C.
Attention: South-Central and Indian Ocean Department

- 7. Please confirm your agreement with the foregoing by signing and dating the attached copy of this letter and returning it to us.
- 8. Executed in two original copies in English.

For the Government of Switzerland

Accepted:

INTERNATIONAL DEVELOPMENT ASSOCIATION

By.....

Authorized Representative

Date.....

Gr
I
N
Ex
D
T
Rat
G
C
N
P
P
P
G
G
G
F
F
Ext
Ex
Ex
Inc
Cur
Cur
Gro
(m
Net
(m
More
Do
Mo
Inte
Misc
In
Re
Rati

General Office for Europe
Economic Affairs
Federal Department of Public Economy
CH-1015 Bern, Switzerland
Tel: +41 31 321 21 21
Telefax: +41 31 321 21 20

International Development Association

28-Mar-91

Table 1

RWANDA - KEY INDICATORS
(in percent except otherwise indicated)

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Growth Rates										
GDP	5.5	-0.3	0.3	-5.7	-2.0	1.0	3.7	3.8	3.9	4.0
Gross Domestic Income (GDY)	6.2	-4.3	2.6	-5.7	-5.8	2.1	3.8	4.0	4.4	4.5
GDY per capita	2.4	-7.7	-1.1	-9.0	-9.2	-1.5	0.1	0.3	0.7	0.8
Private consumption per capita	3.0	-8.1	-3.2	-10.8	-12.2	-2.7	0.1	0.2	0.2	0.3
External Debt										
Debt Service (mill. US\$)	19.4	27.6	27.5	27.1	27.2	31.7	34.0	35.2	37.2	38.5
of which: Interest (mill. US\$)	5.4	7.4	9.4	7.8	9.6	11.3	11.2	11.3	11.4	11.6
Debt Service	8.5	16.5	17.1	18.3	17.7	20.9	20.9	18.7	17.2	15.5
Total debt/GDP	22.2	26.8	26.7	28.0	28.8	28.3	27.4	28.2	28.8	29.2
Investment to GDP										
Gross Investment	15.9	15.6	15.7	15.6	12.5	15.9	15.8	15.8	15.9	16.0
Domestic Savings	8.3	6.3	6.4	6.3	3.8	3.0	5.3	6.2	7.2	8.1
National Savings	8.2	6.2	6.3	6.2	3.4	2.2	4.8	6.0	7.0	8.0
Public Investment	9.2	9.8	8.8	7.0	5.2	8.0	8.0	7.7	7.2	6.9
Private Investment	6.7	5.9	6.9	8.6	7.3	7.9	7.8	8.1	8.7	9.2
Public Savings	2.0	-0.5	-0.3	0.1	-5.2	-1.2	1.5	2.6	3.4	3.9
Government Revenues	13.8	13.5	13.1	13.8	12.4	13.2	12.6	13.1	13.5	13.6
Government Revenues and Grants	16.5	15.8	16.6	17.1	15.7	16.8	16.1	16.0	16.2	16.1
Government expenditure	21.2	23.9	21.8	21.1	24.2	22.4	19.2	18.3	17.4	16.7
Fiscal Deficit (Incl. grants)	-4.7	-8.0	-5.2	-4.0	-8.4	-5.7	-3.1	-2.3	-1.2	-0.6
Fiscal Deficit (excl. grants)	-7.4	-10.4	-8.7	-7.3	-11.7	-9.3	-6.6	-5.2	-3.9	-3.1
External sector										
Export volume growth rate	17.8	1.5	-21.5	2.7	35.6	-8.3	4.5	4.5	4.7	4.8
Exports G&NFS/GDP	11.7	7.8	6.9	6.8	7.2	8.2	7.6	7.9	8.3	8.7
Export volume growth rate	8.0	-7.1	-0.1	-6.0	-11.1	12.8	-1.9	3.5	3.9	4.3
Exports G&NFS/GDP	21.2	19.4	18.1	17.4	17.3	22.6	19.5	19.0	18.7	18.5
Current Account (mill. US\$) (1)	-186.2	-252.9	-263.2	-232.7	-222.1	-280.4	-267.6	-270.9	-273.9	-278.3
Current Account/GDP (1)	-9.6	-11.7	-11.3	-10.7	-10.5	-15.2	-12.4	-11.4	-10.5	-9.8
Gross Official Reserves (mill. US\$)	162.1	163.9	118.0	70.1	44.2	80.1	101.4	124.7	139.1	152.9
months of imports)	5.3	5.1	3.8	2.4	2.4	2.6	3.4	3.9	4.1	4.2
Net Official Reserves (mill. US\$)	144.6	134.4	97.8	55.7	-2.2	45.2	74.7	99.8	109.9	120.1
months of imports)	5.0	4.6	3.2	1.9	-0.1	1.5	2.5	3.1	3.2	3.3
Money and credit										
Domestic credit	-1.7	23.1	23.7	15.9	19.3	5.9	7.1	5.4	0.0	-1.1
Government	-8.6	149.5	25.0	24.5	65.7	-4.8	-1.5	-4.7	-19.2	-27.7
Private sector	-0.3	-0.3	23.1	11.9	-4.9	15.6	13.5	11.9	10.6	9.6
Money and quasi-money (M2)	13.6	10.3	7.4	-4.2	5.4	21.9	13.3	7.9	2.0	0.8
Interest rate (one-year savings deposits)	5.0	5.0	5.0	5.0	12.0
Miscellaneous										
Inflation rate, annual average	-8.9	6.0	2.6	4.6	8.7	28.0	12.0	5.0	4.0	4.0
Real effective exchange rate	-9.2	-0.2	1.4	-0.8	-8.2
Ratio of Exports G&NFS/Imports G&NFS	55.2	40.1	38.3	39.1	41.8	36.3	38.8	41.6	44.5	47.3

Sources: Data provided by the Rwandese authorities; and Fund and World Bank staff estimates and projections.

(1) Excluding official grants

27-Mar-91

Table 2 RWANDA

EXTERNAL FINANCING.: REQUIREMENTS AND SOURCES

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	(In millions of US\$)							
External Financing Requirements	-242.4	-213.6	-175.1	-354.9	-319.9	-319.9	-309.9	-315.4
Current Account, excluding net Official Transfers	-263.2	-232.7	-222.1	-280.4	-267.6	-270.9	-273.9	-278.3
Amortization	-18.1	-19.3	-17.6	-20.4	-22.8	-23.9	-25.8	-26.9
Change in Arrears	0.0	0.0	6.6	-6.6	0.0			
Change in Reserves	38.9	38.3	57.9	-47.5	-29.5	-25.0	-10.2	-10.2
IMF Repurchases	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Financing Requirements	242.4	213.6	175.1	354.9	319.9	319.9	309.9	315.4
Disbursements : Existing Commitments	242.4	213.6	175.1	35.3	38.8	40.8	29.0	25.1
Grants	139.3	127.6	122.7					
Loans	81.9	64.2	45.9	35.3	38.8	40.8	29.0	25.1
Bilateral Creditors	19.1	17.4	11.3	11.7	11.2	12.6	7.0	5.8
Multilateral Creditors	62.8	46.8	34.6	23.6	27.6	28.3	21.9	19.5
of which : World Bank	31.0	32.0	24.5	13.2	11.4	18.4	13.5	12.5
Private Creditors	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
SAF	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Direct Investment	21.1	15.6	5.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Other Capitals n.e.l	0.2	6.2	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Disbursements : Expected New Commitments	0.0	0.0	0.0	209.7	243.6	243.5	246.6	251.2
Grants	0.0	0.0	0.0	121.9	136.3	130.3	132.8	138.4
Loans	0.0	0.0	0.0	69.7	78.3	88.9	100.5	107.6
Bilateral Creditors	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	6.5	12.7	15.5
Multilateral Creditors	0.0	0.0	0.0	69.7	77.8	82.4	87.8	92.1
of which : World Bank	0.0	0.0	0.0	61.8	67.3	67.9	69.1	70.0
of which : Adjustment Lending	0.0	0.0	0.0	45.0	45.0	45.0	45.0	45.0
SAF	0.0	0.0	0.0	12.6	19.0	12.8	0.0	0.0
Direct Investment	0.0	0.0	0.0	5.6	10.1	11.6	13.3	15.3
Other Capitals n.e.l	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Identified Financing	242.4	213.6	175.1	245.0	282.4	284.3	275.6	286.3
Special Program for Africa (SPA)	0.0	0.0	0.0	109.9	37.5	35.6	34.3	29.0

Sources: Data provided by the Rwandese authorities; and Fund and World Bank staff estimates and projections.

Rwanda: Timetable of Policy Actions

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
<u>External sector</u>			
a. Exchange rate	Attain an exchange rate that balances supply and demand for foreign currency.	An initial devaluation. The exchange rate policy will be kept under regular review, and the rate will be adjusted if necessary.	Initial devaluation on November 9, 1990.
b. Import regime	Progressively liberalize imports.	Implement an open general licensing system, the formalities of which will have been agreed between the Rwandese Government and the Bretton Woods institutions. This system will cover all imported products, except for a restricted list of products requiring special licenses for security or health reasons.	Before end-June 1992.
		In the meantime, replace the existing import programming system by a more liberal import licensing and foreign exchange allocation system. This system will ensure the regular supply of essential goods for which a restricted list, not exceeding 30 percent of the value of total imports, has been established. This list will be abolished once sufficient resources become available.	Announced on November 9, 1990, to be applied before end-April 1991.
		Replace quantitative restrictions protecting local industries by customs duties or import surcharges.	Before end-April 1991.
c. Customs legislation and import duties	Rationalize the tariff structure and revise customs legislation.	Increase the minimum tariff to 10 percent.	Implemented (law of December 14, 1990).
		No new exemptions to be introduced.	Throughout the program.
		Gradually reduce import duty exemptions.	Implemented (law of December 14, 1990).
		Convert all specific taxes to ad valorem taxes for all products except petroleum products, beverages, and cigarettes.	Implemented (law of December 14, 1990).
		Set a maximum import duty and reduce the number of rates.	Before end-April 1991.
		Reduce the maximum import duty.	January 1992 and January 1993.
d. Services	Eliminate restrictions on payments for services.	Eliminate delays on transfers of profits and income of foreign investors.	As from June 1991.
		Gradually reduce restrictions on payments for services.	Throughout the program.

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
e. Exports	Expand and diversify exports.	Review export promotion policies.	Before June 1991.
		Elimination of taxes on non-coffee exports.	Implemented (law of December 14, 1991).
2. <u>Fiscal policy</u>	Reduce the consolidated deficit of the Government.	Policy of budgetary austerity.	Throughout the program.
		Reduce government net indebtedness to domestic banks and nonbanks.	Throughout the program.
		Elimination of all existing domestic arrears.	December 1991.
		Elimination of all existing external arrears.	December 1991.
		No new domestic or external arrears.	Throughout the program.
		Gradual removal of indirect subsidies to public enterprises.	As from January 1991.
		Elimination of budgetary transfers to the coffee sector.	As from 1991.
	Improve the efficiency and administration of the taxation system, increase the share of income and consumption taxes in government revenue, and encourage private sector investment.	Review entire taxation system and its administration, and gradually introduce measures to be agreed within the framework of IMF technical assistance.	1991, 1992, and 1993 budgets.
		Increase sales tax:	Implemented (law of December 14, 1991).
		- from 2 percent to 5 percent for essential goods;	
		- from 1 percent to 10 percent for services and entertainment;	
		- from 6 percent to 10 percent for other goods.	
		Increase specific import taxes on petroleum products in line with adjustment of the exchange rate.	Implemented (law of December 14, 1991), and throughout the program.
	Full cost recovery for commercial activities of the Government.	Periodic review of charges, to allow reasonable profits.	As from January 1991 and throughout the program.
	Increase cost recovery for non-commercial public services.	Periodic review of user charges.	Throughout the program.
	Reduce tax exemptions.	Moratorium on new tax exemptions accorded under the 1987 Investment Code.	November 1990.

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
		Review tax exemptions accorded under Investment Code.	Before June 1991.
	Civil service reform.	Review all relevant policies.	Recommendations to be implemented beginning January 1992.
	Improve planning and management of operating and investment expenditures, while ensuring adequate protection for social sector programs.	Preparation of a rolling three-year public investment program (PIP).	Finalize the 1991-93 PIP before March 1, 1991, for incorporation of the first year in the 1991 Budget, and repeat the exercise each year.
		Preparation of annual public expenditure programs for specific sectors.	September 1991 for agriculture, health, education, public works, and transport (for inclusion in the 1992 budget). September 1992 for other sectors (for inclusion in the 1993 budget).
Public enterprises	Rehabilitation and restructuring of public enterprises.	Adoption by the Government of a general privatization strategy.	Before September 1991.
		Presentation of public enterprise legislation to Parliament.	Before December 1991.
		Phased execution of public enterprise rehabilitation, privatization, and liquidation programs, according to the timetable for the IDA-supported program for reforming public enterprises.	As from June 1991.
Monet. credit, and interest rates	Tight credit policies designed to contain inflation and ease pressures on the balance of payments.	Quarterly ceilings for net domestic assets and net credit to the Government.	Throughout the program.
		Gradual adoption of indirect instruments for controlling and allocating domestic credit.	1993 or sooner if conditions permit.
	Improve mobilization and allocation of financial resources, by maintaining positive real interest rates.	Implement a flexible interest rate policy and simplify the interest rate structure.	Throughout the program.
		Increase and impose a single rediscount rate.	November 12, 1990.
		Increase the minimum deposit rate.	November 12, 1990.
		Increase the maximum lending rate.	November 12, 1990.
		Abolish all preferential rates.	November 12, 1990.
		Abolish control of interest rates after elimination of direct credit control.	During the last year of the program or sooner.

Kwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
5. <u>Pricing policy</u>	Avoid distortions in price formation.	Eliminate all controls on profit margins, except for monopolies.	Announced November 1990. Repeal of Law before end-April 1991.
		Abolish fixed prices for all products except for a small number of goods and services.	Announced November 1990. Cabinet decision before end-March 1991.
		For those goods and services whose prices remain fixed, the full impact of the exchange rate adjustment will be passed through to these prices.	November 1990 to April 1991.
6. <u>Agriculture and food security</u>	Institutional strengthening of the Ministry of Agriculture.	Strengthen the planning unit in the Ministry of Agriculture in order to make it fully operational.	Beginning in 1991.
		Boost agricultural production by increasing yields, improving soil fertility, and expanding cultivable land.	Development of natural resources for use in the production of mineral fertilizer. Throughout the program.
		Increased and more efficient use of inputs. Throughout the program.	
		Strengthening of the land rehabilitation program. Throughout the program.	
		Effect reclamation of certain swamps and underutilized mountainous lands for farming. Throughout the program.	
	Improve processing and marketing of agricultural products, services to stockbreeders, and encourage the development of private marketing of agricultural inputs.	Disseminate information on prices. Throughout the program.	
		Define a national policy for agricultural services that is applicable uniformly for all projects. Throughout the program.	
		Reorganize agricultural extension services through the integration of projects into a national structure. Throughout the program.	
	Promote bank financing of the agricultural sector.	Assist farmers to identify projects and obtain bank credit. Throughout the program.	
	Ensure food security for the population.	Finalize a food security action plan geared toward:	June 1991.
- setting up an early warning system to prevent food shortages;			
- achieving optimal organization of emergency food aid;			
- increasing the role of NGOs in food security programs;			
- studying ways and means of establishing a minimum food security stock.			

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
	Prevent revenue losses resulting from the reduction in quality of coffee exports.	Improve the quality and increase the yields of Rwandese coffee.	Beginning in the 1991/92 season.
		Avoid limiting the number of coffee-buying traders.	Beginning in the 1991/92 season.
		Eliminate any export restrictions.	Beginning in the 1991/92 season.
	Reinvigorate the coffee sector.	Complete the sector strategy study that is in progress.	September 1991.
		Define an action plan based on the findings of the study.	December 1991.
		Implement the recommendations and the action plan adopted following the strategy study.	Beginning in the 1992/93 season.
	Improve the return on investments in the tea sector.	Improve yields, particularly by ensuring increased and more efficient use of inputs.	Throughout the program.
		Increase efficiency of tea factories, particularly by reducing costs and improving factory management and product quality.	Throughout the program.
	Maximize the tea sector's contribution to the national economy.	Undertake a study on the long-term development of the tea sector.	March 1992.
<u>Industry</u>	Improve the efficiency of the industrial sector and promote the private sector.	Simplify administrative procedures.	Throughout the program.
		Review the 1987 Investment Code.	Before June 1991.
		Promote small enterprises.	Throughout the program.
		Liberalize recruitment of personnel in the private sector.	June 1991.
		Prepare an action plan to review labor legislation.	June 1992.
		Facilitate access for small and medium-size enterprises to public contracts.	1992.
		Rehabilitate the mining sector.	Evaluate the performance of the new mining units (COOPIMAR and REDEMI).
		Establish a five-year work plan for REDEMI.	Mid-1991.
	Diversify the exploitation of mineral resources.	Develop the use of lime as an agricultural fertilizer.	Throughout the program.
		Encourage the use of mineral substances in industry and construction.	Throughout the program.

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
8. <u>Energy</u>	Improve the operation of the electricity network.	Undertake preparation of an electrification master plan.	Mid-1991.
		Rationalize planning of ELECTROGAZ's investments.	Throughout the program.
		Modernize and improve management efficiency of ELECTROGAZ.	Throughout the program.
		Revise electricity prices to reflect the economic costs of electricity and to ensure the financial viability of ELECTROGAZ.	Throughout the program.
	Reduce the pressure on wood consumption.	Develop improved stoves.	Throughout the program.
		Accelerate the use of methane gas.	Throughout the program.
		Exploit all possibilities for the profitable use of peat, biomass, and solar energy.	Throughout the program.
9. <u>Transport</u>	Improve internal and external communications.	Strengthen road maintenance programs at all levels.	Throughout the program.
		Continue diversification of access routes to foreign markets, notably by accelerating the ISAKA terminal project and the preparation of its management plan.	Throughout the program.
		Improve the efficiency of internal transportation of goods.	Throughout the program.
		Develop water transportation on Lake Kivu and other lakes.	Throughout the program.
	Reduce transport costs.	Continue coordination of transport policies at the regional level: air, roads, and lakes.	Throughout the program.
		Promote competitive conditions for Rwandese transporters.	Throughout the program.
		Promote the merging of individual transporters into enterprises.	Throughout the program.
	Improve transport management in order to increase efficiency.	Review the operating conditions of domestic transporters, notably ONATRACOM, STIR, and Air Rwanda, in the context of the public enterprise reform project supported by IDA.	Throughout the program.
Revise transport regulations, with a view to eliminating any bottlenecks in the sector.		Mid-1991.	

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
<u>Social development and environment</u>			
1. Population and women in development	Lessen demographic pressure by reducing the number of children per woman.	Pursue the national population policy and implement the action plan adopted in July 1990 by Parliament and the Government, with particular emphasis on:	Throughout the program.
		- integration of population policies in the formulation of sectoral strategies;	Throughout the program.
		- making the entire population aware of the need to introduce family planning;	Throughout the program.
		- extending family planning services to all health centers;	End-1992.
		- the development of decentralized family planning programs to reach all strata of society;	Throughout the program.
	Promote the role of women in socioeconomic development.	Improving dissemination of the most appropriate technologies to lighten women's workloads.	Throughout the program.
		Improving access of women to education.	Throughout the program.
		Improving access of women to credit.	Throughout the program.
		Increase the number of female counselors in agriculture.	Throughout the program.
		Encourage greater female participation in training sessions of CCDPT.	Throughout the program.
Education	Improve quality of education by using available financial resources as efficiently as possible.	Extending family planning and primary health care toward women and children.	Throughout the program.
		Provision of assistance to women's associations involved in production and marketing.	Throughout the program.
		Allocate additional resources for primary education with a view to increasing the enrollment rate and improving the quality of education.	Throughout the program.
		Reduce the duration of primary education from 8 to 6 years.	For the beginning of the 1992/93 school year.

Rwanda: Timetable of Policy Actions (continued)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
		Finalize sectoral strategies for secondary and higher education in order to:	December 1992.
		<ul style="list-style-type: none"> - continue the day-school policy, in order to increase the student/teacher ratio; - gradually reduce students' scholarships, so that in the longer term only scholarships for excellence are maintained; - devise and implement financial arrangements allowing students to gradually provide for their minimum needs; - provide incentives to increase local private investment in education; - increase the number of privately supported students in higher education. 	
c. Health	Improve quality and efficiency of health services.	Finalize the financing strategy of the health sector, focusing on the supply of essential medicines, cost recovery, and the development of a medical insurance system.	December 1991.
		Implement the above financing strategy.	Throughout the program.
		Improve the quality and quantity of health service personnel.	Throughout the program.
d. Social dimensions of adjustment and development	Protect vulnerable population groups.	Prepare a social action plan targeted at vulnerable population groups, ensuring particularly that: <ul style="list-style-type: none"> - poor people retain access to basic services during the stabilization period; - the necessary resources will be made available to deal with the principal causes of death (AIDS, malnutrition, local endemic diseases); - programs for promoting gainful employment in rural areas are strengthened. 	June 1991.

Rwanda: Timetable of Policy Actions (concluded)

Sector	Objectives and Targets	Strategies and Measures	Timing
e. Environment	Ensure a balance between the environment and rational exploitation of resources.	Finalize the national environmental action plan in order to: <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="788 394 1171 517">- undertake information and training programs to make all levels of the population aware of the necessity to protect the environment; <li data-bbox="788 539 1171 703">- organize a legal and institutional framework to ensure the coherence of actions protecting the environment and the follow-up of announced environmental policies; <li data-bbox="788 725 1150 752">- devise a land-use program; <li data-bbox="788 775 1139 842">- improve soil conservation and strengthen reforestation; <li data-bbox="788 864 1099 913">- allow efficient use of natural resources; <li data-bbox="788 936 1158 981">- implement pollution control programs. 	Throughout the program.
		Adopt measures to ensure the appropriate disposal of waste.	Throughout the program.
		Introduce environmental protection procedures and objectives in all projects.	1992.
		Create an appropriate information system that would coordinate the dissemination of knowledge of the environment in Rwanda.	1991.

Basis-Dokumentation

(beim BAWI Entwicklungsdienst verfügbar)

- Programme d'ajustement structurel, Mémorandum sur la politique économique et financière du Rwanda pour le premier programme annuel (octobre 1990 - septembre 1991), septembre 1990
- Programme d'ajustement structurel, Document cadre de politique économique et financière à moyen terme (octobre 1990 - septembre 1993), septembre 1990
- Rwanda: Medium-Term Economic and Financial Policy Framework Paper, 1991-1993, prepared by the Rwandese Government in collaboration with the staffs of the Fund and the World Bank, Kigali, February 15, 1991
- Déclaration conjointe à l'issue de la mission d'évaluation du Crédit d'Ajustement Structurel de la Banque Mondiale, Kigali, 1er mars 1991

	1992	1993	1994	1995
0723.0180.000 (BAYEL)	1,1	1,3	1,3	1,1
0723.0180.000 (FACED)	1,1	1,3	1,3	1,0



Code	Année	Montant
0723.0180.000	1992	1,1
0723.0180.000	1993	1,3
0723.0180.000	1994	1,3
0723.0180.000	1995	1,1
0723.0180.000	1996	1,0
0723.0180.000	1997	1,1
0723.0180.000	1998	1,1
0723.0180.000	1999	1,1
0723.0180.000	2000	1,1
0723.0180.000	2001	1,1
0723.0180.000	2002	1,1
0723.0180.000	2003	1,1
0723.0180.000	2004	1,1
0723.0180.000	2005	1,1
0723.0180.000	2006	1,1
0723.0180.000	2007	1,1
0723.0180.000	2008	1,1
0723.0180.000	2009	1,1
0723.0180.000	2010	1,1
0723.0180.000	2011	1,1
0723.0180.000	2012	1,1
0723.0180.000	2013	1,1
0723.0180.000	2014	1,1
0723.0180.000	2015	1,1
0723.0180.000	2016	1,1
0723.0180.000	2017	1,1
0723.0180.000	2018	1,1
0723.0180.000	2019	1,1
0723.0180.000	2020	1,1
0723.0180.000	2021	1,1
0723.0180.000	2022	1,1
0723.0180.000	2023	1,1
0723.0180.000	2024	1,1
0723.0180.000	2025	1,1
0723.0180.000	2026	1,1
0723.0180.000	2027	1,1
0723.0180.000	2028	1,1
0723.0180.000	2029	1,1
0723.0180.000	2030	1,1

Basis-Dokumentation

(beim BAWI Entwicklungsdienst verfügbar)

- Programme d'ajustement structurel, Mémorandum sur la politique économique et financière du Rwanda pour le premier programme annuel (octobre 1990 - septembre 1991), septembre 1990
- Programme d'ajustement structurel, Document cadre de politique économique et financière à moyen terme (octobre 1990 - septembre 1993), septembre 1990
- Rwanda: Medium-Term Economic and Financial Policy Framework Paper, 1991-1993, prepared by the Rwandese Government in collaboration with the staffs of the Fund and the World Bank, Kigali, February 15, 1991
- Déclaration conjointe à l'issue de la mission d'évaluation du Crédit d'Ajustement Structurel de la Banque Mondiale, Kigali, 1er mars 1991
- BAWI, Kurzbericht zur Mission in Rwanda, 15. - 24. 2. 1991
- BAWI, Notiz zum Special Donors' Meeting über Rwanda vom 20. 3. 1991